



Jugendumweltkonferenz 2007

Dokumentation der Konferenz vom 20./21. Oktober 2007 in Berlin

Impressum

Herausgeberin	Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Platz der Republik 1 11011 Berlin www.gruene-bundestag.de
Verantwortlich	Sylvia Kotting MdB Sprecher für Umweltpolitik Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Platz der Republik 1 11011 Berlin E-Mail: sylvia.kotting-uhl@bundestag.de
	Kai Gehring Sprecher für Jugendpolitik Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Platz der Republik 1 11011 Berlin E-Mail: kai.gehring@bundestag.de
Redaktion	Jörg Kaschubowski, Nicoletta Salbach
Bezug	Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Info-Dienst Platz der Republik 1 11011 Berlin Fax: 030 / 227 56566 E-Mail: versand@gruene-bundestag.de
Schutzgebühr	€ 1,--
Redaktionsschluss	02/2009

Inhalt

Vorwort.....	3
Begrüßung und politische Rede	5
Szenarien zur Klimaentwicklung in Deutschland und weltweit.....	9
Die Workshops der Konferenz:	
„Lebensstile: Gewohnheiten ändern – Eigenverantwortung im Klimaschutz“	13
„Wasser: Ressource, Ökosystem, Menschenrecht“	16
„Essen, Wasser, Energie – Herausforderungen an die Landwirtschaft“	19
„Energie fürs Klima: 100 % Erneuerbare - oder Atom und CO2-freie Kohle?“	22
Projekt: PR für den Klimaschutz – Wie initiiere ich eine Klimaschutz-Gruppe?	28
Städte machen Klimapolitik Beispiele aus Cambridge und Tübingen.....	35
Zusammenfassung des Gesprächs „Städte machen Klimapolitik“	38
Zusammenfassung des Kreuzverhörs „Jugendlich fragen, Wirtschaftsvertreter antworten“	41
-Energiewirtschaft und Klimaschutz-	
Zusammenfassung der politischen Kommentare von zwei TeilnehmerInnen	44
Resümee: Was fordern Jugendliche von der Bundesregierung?	45
Goodbye – Schlusswort.....	46

Vorwort

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Aktive und Interessierte,

die zweite Jugendumweltkonferenz der grünen Bundestagsfraktion fand am 20. und 21. Oktober 2007 im Bundestag statt. Diesjähriger Schwerpunkt war der Klimaschutz. Das Motto der Veranstaltung lautete „Klimawandel – handeln statt verhandeln!“ und lud zu spannenden Kontroversen rund um internationale, europäische und nationale Klimapolitik ein. Rund 150 Jugendliche diskutierten mit Abgeordneten und ExpertInnen aus Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Verbänden zwei Tage intensiv über den Stand der Klimaforschung, die Konsequenzen für die Politik, unsere Gesellschaft und den Einzelnen.

Angesichts der dramatischen Klimaüberhitzung forderten die Jugendlichen ein grundlegendes Umsteuern des Produzierens und Konsumierens ein. Sie sprachen sich für einen Wandel unserer Lebensweise und unseres Wirtschaftens aus. Die Weichen dafür müssten jetzt und unverzüglich gestellt werden, damit ihre Zukunft und die der nachfolgenden Generationen nicht verspielt wird.

Neben der Veränderung politischer Prioritätensetzungen würden die Verbraucherinnen und Verbraucher eine Schlüsselrolle beim Klimaschutz spielen. Für sie müsste es bessere Informationsmöglichkeiten und Produktkennzeichnungen geben. So beginnt Klimaschutz bei der persönlichen Verantwortung des Einzelnen. Dies wird nicht nur durch das weiterhin große Engagement junger Menschen in Umweltprojekten und -initiativen deutlich, sondern auch durch klimafreundliche individuelle Lebensweisen und Konsumgewohnheiten. Fakt ist: Jede und jeder kann Klimaschützer/in sein oder noch werden! Mitmachen ist angesagt.

In verschiedenen Workshops kamen die Jugendlichen mit Bundestagsabgeordneten ins Gespräch und diskutieren mit ihnen über Fragen von Nachhaltigkeit und Wirtschaftsentwicklung, Naturschutz und biologischer Arten-Vielfalt (Biodiversivität), ökologischer Verkehrs- und Stadtentwicklung, Ernährung und Gentechnik, über Wasser als Ressource, Ökosystem und Menschenrecht sowie über persönliche Verantwortung im Klimaschutz. Als Fraktion stellten wir dabei unsere Klimaschutz-Strategien und -Schlüsselprojekte vor und erhielten von den Jugendlichen weitergehende Ideen und neue Impulse für die Fraktionsarbeit. Die Diskussion der Themen mündete schließlich in konkreten Forderungen an eine klimafreundlichere Politik, die in Protokollen dokumentiert wurden.

Am zweiten Konferenztag lag der Schwerpunkt auf Diskussionen der Jugendlichen mit politisch Verantwortlichen aus Kommunen in Deutschland und den USA sowie mit Vertretern von Energiekonzernen und Ökostromern. Dabei wurden zum einen die Chancen durch eine dezentrale klimafreundliche Politik vor Ort deutlich – zum anderen wurde sehr kontrovers über die Zukunft der Energieversorgung, über die risikoreiche Atomkraft und verschiedene Energieversorgungsszenarien diskutiert. Einigkeit bestand darin, dass von der Verfügbarkeit der endlichen Energieressourcen nicht länger ausgegangen werden könne. Auch deshalb muss heute und nicht erst übermorgen auf erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Einsparungen umgesteuert werden.

Im vorliegenden Reader werden die wesentlichen Aspekte der Diskussionen und ihre Ergebnisse zusammenzufassen. Die abgedruckten Folien der Powerpointprä-

sentationen stellen eine Auswahl dar, sollen einen Überblick geben und die zentralen Aussagen bündeln.

Wir danken allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die engagierte Diskussion und die zahlreichen Impulse. Die Bundestagsfraktion wird diese Anregungen in der parlamentarischen Arbeit aufgreifen und sich weiterhin für die demokratische Beteiligung junger Menschen auf allen Ebenen und die Berücksichtigung ihrer Interessen einsetzen.

Sylvia Kotting Uhl MdB
(umweltpolitischer Sprecherin)

Kai Gehring MdB
(jugendpolitischer Sprecher)

Begrüßung und politische Rede

Renate Künast MdB Fraktionsvorsitzende

Hallo und herzlich willkommen.

Ich freue mich, dass Ihr so zahlreich gekommen seid. Klimaschutz bewegt uns alle! Und das muss es auch! Ich danke Sylvia Kotting-Uhl und Kai Gehring und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diese Konferenz heute möglich gemacht haben. Ein herzliches Willkommen auch unseren Rednerinnen und Rednern. And a very warm welcome to Bob Healy, who joined us even from the United States. We are very glad that you are here.

Was für ein Jahr! Die Berichte des Weltklimarats haben uns deutlich die Beweise für den Klimawandel, seine Folgen und unsere Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt. Im März hat die EU sich eigene Ziele für die Energiepolitik gesetzt. Im Juli haben sich die G8-Staaten grundsätzlich darauf geeinigt, eine Emissionsreduzierung von 50 Prozent bis 2050 zu erreichen, und dies im Rahmen der Vereinten Nationen auszuhandeln. Vor wenigen Wochen hat Angela Merkel genau dort, bei den Vereinten Nationen in New York, erstmalig zum Klimawandel gesprochen. Und nun haben Al Gore und der Weltklimarat auch noch den Friedensnobelpreis erhalten! Klimaschutz ist Priorität der Weltpolitik geworden und in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Ist das ein Grund zu feiern? Wohl kaum. Der Klimawandel ist die größte Katastrophe für die Menschheit. Nicholas Stern sagt: Er ist das größtmögliche Marktversagen.

Der IPCC schreibt in seinem kommenden und letzten Teil des 4. Berichts, dass sich die globale Temperatur bis 2099 sogar um 6 Grad erhöhen könnte. Bislang wurden Aussagen des Weltklimarats sowohl von der Realität als auch weiteren wissenschaftlichen Erkenntnissen übertroffen. Wir stehen am Rande des Abgrunds! Gleich nach mir wird Friedrich-Weilhelm Gerstengarbe vom Potsdam-Institut Euch mehr zu den Folgen des Klimawandels in Deutschland und weltweit berichten. Es ist also kein Grund zu feiern, sondern es war alle höchste Zeit, dass alle über den Klimawandel sprechen. Und dennoch: es wird immer noch nicht genug getan! Es ist also genau richtig: das wir mit diesem Kongress fordern: Es ist Zeit zu handeln! Wir müssen anders leben, anders produzieren und anders transportieren. Es geht um einen grundlegenden Wandel unserer Lebensweise und unseres Wirtschaftssystems. Die Weichen müssen jetzt gestellt werden. Mit Euch wollen wir, dass dies gelingt. Ihr seid die erste Generation auf diesem Weg!

Ganz ohne Verhandeln wird es allerdings nicht gehen. Klimawandel ist ein globales Problem, und auch wenn jeder einzelne, und jedes Land handeln muss, ist es wichtig, dass sich alle Länder dieser Erde, vor allem die größten Verschmutzer, darauf verständigen, wohin die Reise gehen soll: Welche Ziele setzen wir uns? Wie sorgen wir für Fairness und Gerechtigkeit? Wir Grüne fordern weltweit eine Reduzierung von 50 Prozent bis 2050. Dies ist notwendig, um eine Erwärmung von 2 Grad zu verhindern! Zwei Grad, so sagt uns der Weltklimarat, sind die maximale Obergrenze, bevor das Klima unwiederbringlich kippt. Wir, Industrienationen, haben den Klimawandel verursacht, doch die Entwicklungsländer leiden darunter. Klima-

schutz und Entwicklungspolitik müssen zusammen gedacht werden. Und der Norden trägt die größte Verantwortung! Wir müssen unsere Emissionen um 80 Prozent bis 2050 reduzieren. Damit dies gelingt, müssen wir alleine in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent von 1990 runter! Auf der Weltklimakonferenz in Bali müssen die Verhandlungen für das Kioto-Folgeabkommen nach 2012 verbindlich auf den Weg gebracht werden! Bis 2009 müssen die Verhandlungen abgeschlossen sein, damit nach dem Ende des Kioto-Protokolls keine Lücke im globalen Klimaregime entsteht. Zentral für Bali ist, dass die Prinzipien und Instrumente des Kioto-Protokolls bestehen bleiben. Das Europäische Emissionshandelsystem ist erst der Anfang. Daraus soll ein weltweiter Emissionshandel werden. Zusätzlich müssen wir weltweit erneuerbare Energien fördern, und unsere Wirtschaft energieeffizienter machen. Wichtig ist auch, dass wir die Vereinigten Staaten, aber auch China und Indien mit ins Boot holen.

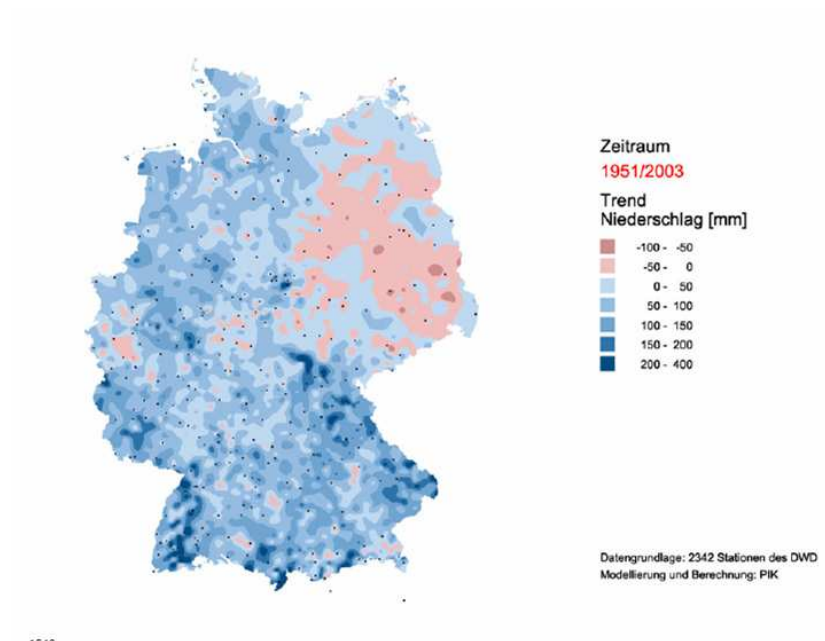
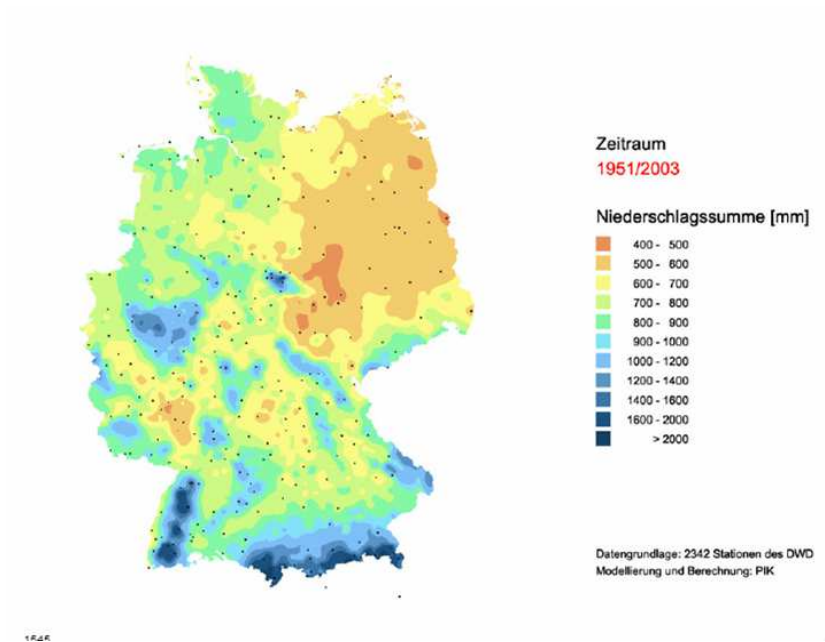
Klimapolitik wird längst in Brüssel gemacht! Die Europäische Union spricht in den Klimaverhandlungen mit einer Stimme! Die EU hat eine gemeinsame Reduktionsverpflichtung, die dann auf die Mitgliedstaaten verteilt wird. Die EU nennt dies „Burden Sharing“. Im März dieses Jahres hat die EU ein Energiepaket verabschiedet: EU-weit sollen die Emissionen bis 2020 um 20 Prozent reduziert werden. Der Anteil erneuerbarer Energien soll bis 2020 auf 20 Prozent steigen, und unsere Wirtschaft soll 20 Prozent effizienter werden. Was dies für die Mitgliedstaaten bedeutet wird am 5. Dezember im „Burden Sharing“-Vorschlag der EU-Kommission vorgestellt. Pünktlich zur Weltklimakonferenz. Doch schon jetzt rücken die Regierungen wieder von ihren Zielen ab! Auf europäische Ebene sollen auch Grenzwerte für den Kraftstoffverbrauch unserer Autos festgelegt: Wir Grüne fordern 120g/km ab 2012 und nur noch 80g/km ab 2020. Die Bundesregierung hat solche ambitionierten Ziele im Dienste der deutschen Autofirmen verhindert. Die Bundesregierung mauert auch in der Frage, ob die großen Energieunternehmen zerschlagen werden. Die EU-Kommission will die Stromnetze von der Stromproduktion trennen. Ein Vorschlag, den wir Grünen unterstützen. Wir brauchen mehr Wettbewerb und Dezentralität – für mehr Innovationen, erneuerbare Energien und faire Preise für die Verbraucherinnen und Verbraucher! Merkel spielt mit gezinkten Karten: weltweit gilt sie als Eiserne Lady des Klimaschutzes, doch hinter den Kulissen verhindert sie die notwendigen Schritte!

Nach zwei Jahren großer Koalition und ein Jahr Merkels Klima-Welttournee warten wir immer noch auf konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz. Gabriel hat ja viel angekündigt, was dann von seinen Kollegen Glos und Steinbrück zerhäckselt wurde. Das was derzeit vorliegt erreicht selbst nach Berechnungen des Ministeriums die selbstgesteckten Ziele nicht! Wir Grünen haben als erste Partei im deutschen Bundestag mit unserem Konzept Energie 2.0 einen umfassenden Maßnahmenkatalog vorgelegt, mit dem es uns tatsächlich gelingt, in Deutschland bis 2020 40 Prozent der CO₂-Emissionen auf der Basis von 1990 zu reduzieren. Wir setzen auf deutliche Energieeinsparung, mehr Effizienz und einen höheren Anteil von Erneuerbaren Energien! Dies tun wir in den Sektoren Strom, Wärme und Verkehr! Konkrete Klimaschutzmaßnahmen sind auch ein Beitrag zum nachhaltigen Wirtschaftswachstum und für zukünftige Arbeitsplätze! Die Umwelttechnologien sind kurz davor Leittechnologien zu werden. Das sind Eure Jobs der Zukunft! Dabei wollen wir keine neuen Kohlekraftwerke. Bislang glauben wir nicht an die sogenannte Kohlenstoffabscheidung und -lagerung. Sie ist Zukunftsmusik! Wir stehen auch ganz klar zum Ausstieg aus der Atomenergie. Wir zeigen es geht ohne! Atomenergie bleibt verantwortungslos, zu teuer, und kann kein Bestandteil eines zukunftsfähigen Energiekonzepts sein.

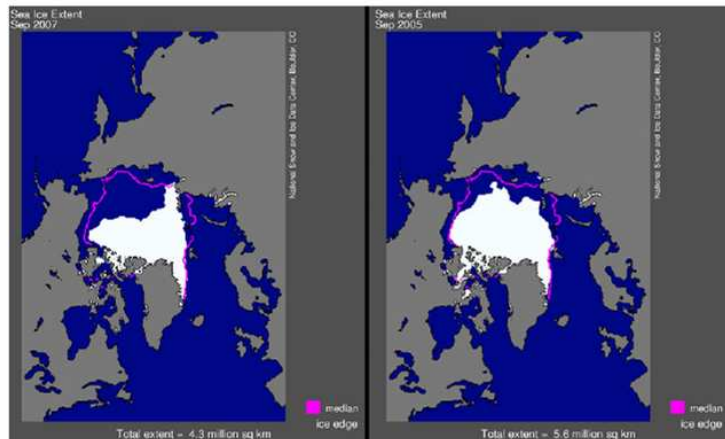
Klimaschutz muss schließlich auch von unten gemacht werden! Das heißt in Städten und im privaten. Gerade die Städte sind für effektiven Klimaschutz zentral! Weltweit sind Städte, die Zentren der Emissionen. Dort sitzen die Industrien. Dort gibt es die hohen Verkehrsaufkommen und die intensive Nutzung und Verschwendung von Strom und Wärme. Doch: Städte sind auch die Lösung des Problems: dort sitzen Forschung und innovative Kräfte. Dort sitzt die Wirtschaftskraft, Wissenschaft, Forschung. In den Städten sind die Menschen, durch die Dichte des Zusammenlebens leichter zu erreichen, Städte haben die industrielle Entwicklung geprägt, und sie werden auch die Energiewende vorantreiben. Außerdem: Vieles, was wir in der nationalen Politik auf den Weg bringen, wird in Städten umgesetzt. Nationale und kommunale Klimapolitik müssen zusammengedacht werden.

In den USA gibt es ein Abkommen von über 600 U.S.-Bürgermeistern, die sich dazu verpflichtet haben, die Ziele des Kioto-Protokolls zu erreichen. Alle großen Städte sind dabei: Boston, New York, Washington DC - aber auch Seattle, San Francisco und Los Angeles. Dort sind die Städte zu den Motoren des Klimaschutzes geworden! Zum einen als Reaktion auf die Untätigkeit von Präsident Bush, zum anderen jedoch auch, weil sie erkannt haben, dass innovative Klimapolitik und grüne Wirtschaftsweise Vorteile für Städte haben. Wir können in Deutschland einiges von U.S.-Städten lernen. Auch in Deutschland muss Klimaschutz ein Markenzeichen von Städten werden! Wir haben einen für Euch einen Gast aus den USA eingeladen, der ein ganz beeindruckendes Projekt mitgebracht hat: Bob Healy, der City Manager von Cambridge in Massachusetts. Der Sitz von Harvard und MIT, direkt bei Boston. Cambridge hat im März die Cambridge Energy Alliance gegründet. Die Allianz hat 100 Millionen Dollar bereitgestellt, um den Energieverbrauch und Emissionen in der ganzen Stadt um 10 Prozent bis 2011 zu senken. Bob wird Euch morgen mehr darüber berichten. Er wird auch mit Boris Palmer, dem grünen Bürgermeister von Tübingen (unser deutsches Harvard), diskutieren, was Städte sonst noch machen und tun können. Sie werden auch diskutieren, wie Städte international kooperieren können. Ich denke da an Städtepartnerschaften, Schüler- und Studentenaustauschprogramme – Möglichkeiten auch für Euer Engagement!

Ihr seid hier, weil Ihr Euch längst engagiert! Das ist Spitze. Ihr seid die Zukunft! Ihr seid jetzt schon weiter als Eure Eltern, Eure Lehrer, Professoren oder Chefs. Wir brauchen mehr von Euch. Dies macht Ihr schon selbst, in Jugend- und Schülergruppen, im Freundeskreis, in der Familie. Wir wollen Euch aber auch dabei unterstützen. Nicht nur mit dieser Konferenz heute! Das Thema Klimaschutz muss in die Schulen, in die Ausbildungsstätten, und Universitäten. Meine Kolleginnen und Kollegen werden im Laufe der nächsten beiden Tage mit Euch diskutieren. Sie werden unsere Ideen und Maßnahmen in den Diskussionsrunden und Workshops vorstellen. Vor allem aber wollen Sie von Euch hören, wie Ihr Euch Klimaschutz vorstellt, und was Ihr von uns fordert. Schließlich werden Ihr morgen auch die Gelegenheit haben, mit Wirtschaftsvertretern zu diskutieren, und auch dort Eure Forderungen ganz klar formulieren können!



Die Deutschlandkarten zeigen die Zunahme des Niederschlages innerhalb der letzten 50 Jahre.



Vergleich der arktischen Seeeisfläche von September 2007 und September 2005.
Die Magentalinie zeigt die mittlere Eisbedeckung für den Zeitraum 1979 bis 2007 an.

Das Eis in der Arktis schmilzt rapide.

Prof. Gerstengarbe prognostiziert eine Zunahme von extremen, großräumigen sogenannten „Wetteranomalien“ auf der ganzen Erde, also auch in Deutschland.

Zum Abschluss seines Vortrages fasst Prof. Gerstengarbe die zukünftige Klimaentwicklung in 11 Thesen zusammen.

Es gibt bereits eine deutliche Klimaänderung.

Die Klimaänderung wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit in diesem Jahrhundert fortsetzen.

Die Ursache des globalen Temperaturanstieges liegt in der Zunahme der Konzentration der Treibhausgase infolge der anthropogenen Emissionen.

Die Extreme haben in den letzten Jahrzehnten global in Häufigkeit und Intensität zugenommen

Natur und Gesellschaft sind auf ein Klimaregime eingestellt. Sie werden von den Klimaänderungen und deren Extremen beeinflusst und reagieren darauf mit:

Anpassung

Migration

Aussterben

Die Schäden sind umso größer, je schneller und je drastischer sich der Klimawandel vollzieht.

Die Temperaturen in Deutschland werden je nach Region um 1,6°C bis 2,4°C 2055 ansteigen.

In großen Teilen Nord-, Ost- und Süddeutschlands ist mit einem deutlichen Niederschlagsrückgang zu rechnen.

Die Extremen, insbesondere Dürreperioden, Hitzewellen und Starkregenereignisse, werden in allen Teilen Deutschland zunehmen.

Alle Aussagen beziehen sich auf das IPCC-Szenarium A1B (business as usual)

Veränderte Randbedingungen in Wirtschaft und Gesellschaft können je nach Richtung den Prozess der globalen Erwärmung beschleunigen oder abbremsen.

Die Workshops der Konferenz

*„Lebensstile: Gewohnheiten ändern – Eigenverantwortung
im Klimaschutz“*

Workshop mit:

Kai Gehring, MdB

Referent: Daniel Pichert

Diskussionsverlauf:

Die knapp 30 jugendlichen Workshop-TeilnehmerInnen diskutierten mit Kai Gehring und dem Umwelt-Psychologen Daniel Pichert Fragen der Gestaltung des eigenen Umfeldes, des Konsumverhaltens und der Möglichkeit, andere von klimafreundlichem Verhalten zu überzeugen. Abstrakte Ziele müssten dabei in konkretes Handeln vor Ort überführt werden.

In Arbeitsgruppen wurden Strategien und Forderungen erarbeitet, wie Verhaltensänderungen begünstigt werden können. Vorgeschlagen wurden u.a. eine bessere Aufklärung über die Zusammenhänge von Konsumverhalten und Klimaschutz, Veränderungen bei öffentlichen Gebäuden und Bildungseinrichtungen, Initiativen zum Städtebau und zur Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs. Zentrale infrastrukturelle Forderungen der TeilnehmerInnen waren:

Forderungen:

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV):

Förderung von Job- bzw. Semestertickets

Modernisierung öffentlicher Verkehrsmittel

Stadtplanung:

Förderung kompakter Siedlungsstrukturen zur Vermeidung von Ressourcenverbrauch

Ausrichtung an Fahrrad- und Fußgängerinteressen

Energiemanagement:

klimafreundliche Stromerzeugung

stärkere Nutzung von Blockheizkraftwerken

mehr Energieeinsparung in öffentlichen Gebäuden

Energiebeauftragte

Abfall- und Abwasserwirtschaft:

Kommunale Einrichtungen als Vorbild zur Müllvermeidung

Bereitstellung von Mülltrennungsbehältern

Ergebnisse:

Ziele wie die Verringerung des Individualverkehrs und die Reduktion des Energieverbrauchs könnten auch durch eine veränderte Verbraucherpolitik und bessere Informationen erreicht werden. Als besonders wichtig wurden individuelle Verhaltensänderungen beim Konsum angesehen, die sich z.B. in einer vegetarisch oder vegan ausgerichteten Ernährung, dem Kauf von Öko-Produkten oder Second-Hand Kleidung äußern können. Bewusste Entscheidungen könnten hierbei durch klarere Kennzeichnungen, etwa einem „Ampelsystem“, begünstigt werden. Ebenfalls vorgeschlagen wurde eine CO₂-Steuer auf Lebensmittel- oder Kleidungstransporte.

Bei der Öffentlichkeitsarbeit für den Klimaschutz sollte nach Ansicht der entsprechenden AG stärker darauf geachtet werden, einzelne Gruppen gezielt und mit lebensnahen Beispielen anzusprechen. Neben einer besseren Transparenz der ökologischen Kosten für die VerbraucherInnen seien auch bessere Marketing und Vertriebswege notwendig, um mehr Menschen zu erreichen.

Anknüpfend an die AG-Ergebnisse stellte Daniel Pichert im zweiten Teil des Workshops aus Sicht der Umweltpsychologie wichtige Faktoren bei der Entscheidung für bzw. gegen umweltgerechtes Verhalten vor, die er als „Brücken und Barrieren“ kennzeichnete.

Beim eigenen Verhalten müsste sich der/die Einzelne vor allem drei Fragen stellen:

Drehe ich an den richtigen Schrauben?

Kann ich einen Vorsatz dauerhaft mit meinem Lebensstil vereinbaren?

Findet mein Verhalten Anerkennung durch andere?

Daniel Pichert stellte Beispiele aus der sozialwissenschaftlichen Forschung zum Umweltschutz vor, die die AG-Ergebnisse etwa zum Mobilitätsverhalten, zu Kunden- und Kaufentscheidungen sowie zum Energiesparen und zur Wahrnehmung von Umweltproblemen aufgriffen.

Versuche, das Verhalten anderer zu ändern, seien besonders dann erfolgreich, wenn die Bedingungen verändert würden, unter denen dieses Verhalten entsteht. Ein Beispiel ist der Wechsel des Stromanbieters: trotz des Trends, zu Öko-Stromern zu wechseln, würde die überwiegende Zahl der VerbraucherInnen dies nicht tun. Ist jedoch in einem Mietshaus ein Ökostromanschluss bereits beim Einzug vorhanden, so werde auch hier deutlich seltener gewechselt und die VerbraucherInnen würden dem Ökostrom treu bleiben.

Als eine zentrale Bedingung für gemeinwohlorientierte Verhaltensänderungen habe sich die Möglichkeit zur Kommunikation zwischen denen herausgestellt, die eine Ressource „bewirtschaften“. Dies machte Pichert mit dem „Fischereikonfliktspiel“ deutlich, bei dem eine Überfischung in den Szenarien am besten verhindert wurde, bei denen die Teilnehmer miteinander kommuniziert haben. Aushandlungsprozesse und die Schaffung von Räumen zur öffentlichen Debatte seien somit auch für eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik unabdingbar.

„Was haben Klimaschutz und Naturschutz miteinander zu tun?“

Workshop mit:

Undine Kurth, MdB

Gastreferent: Nicolai Schaaf

Grüne Schwerpunkte im Natur- und Klimaschutz – Der Schutz der Biologischen Vielfalt

Diskussionsverlauf:

Der Workshop der naturschutzpolitischen Sprecherin Undine Kurth widmete sich zwei umweltpolitischen Kernthemen: Schutz der biologischen Vielfalt und Klimaschutz. Besonders Biodiversitäts-Schutz stellt sich als eine bedeutsame und kontrovers diskutierte Aufgabe dar, da es sich hier um eine Querschnittsaufgabe aus vielen Politikbereichen handelt und die 9. Vertragsstaatenkonferenz zum Schutz der Biologischen Vielfalt (COP 9) im Mai 2008 in Bonn bevorsteht. In ihrem Verhältnis zueinander sind für Klima- und Biodiversitäts-Schutz schließlich zum einen synergetische Effekte, zum anderen aber auch potenzielle Konflikte auszumachen. Als zentrale mögliche Konflikte im Spannungsfeld zwischen Biodiversitäts- und Klimaschutzziele erweisen sich Off-shore Windräder sowie die Bioenergienutzung. Meeresschutz, Waldschutz, Schutz des ländlichen Raums und ökologische Landwirtschaft hingegen werden als eine Schnittmenge mit synergetischen Effekten wahrgenommen.

Ergebnisse:

Die Arbeit an beiden Themengebieten sowohl auf politischer Ebene als auch im Rahmen von Verbandsarbeit und privatem Engagement erweist sich in einem abschließenden Gespräch zwischen Undine Kurth und dem NABU-Vertreter Nicolai Schaaf als dringend geboten, und es offenbart sich erneut die Notwendigkeit zu sofortigem und wirksamem Handeln.

„Wasser: Ressource, Ökosystem, Menschenrecht“

Workshop mit:

Nicole Maisch MdB

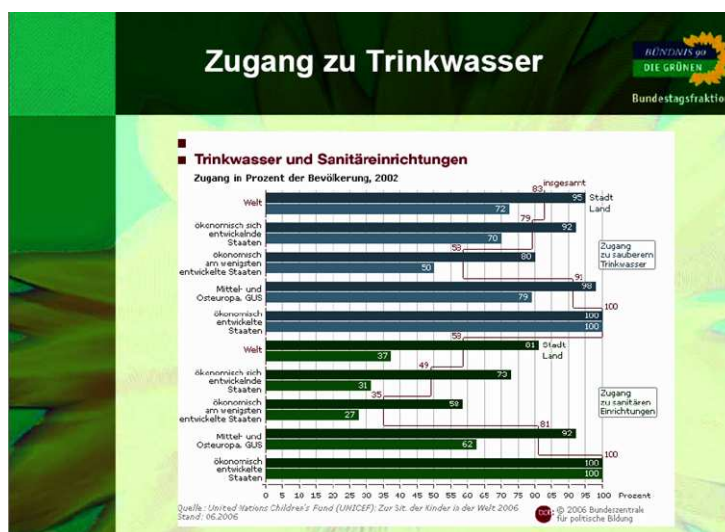
Kathrin Henneberger

(Sprecherin der Grünen Jugend)

Im ersten Teil des Workshops wurde das Thema in Form einer Powerpoint-Präsentation von Nicole vorgestellt. Inhalt der Präsentation waren die unterschiedlichen Dimensionen des Elements „Wasser“ (Ressource, Ökosystem, Menschenrecht).



Es wird erheblich mehr Wasser verbraucht als vom tatsächlichen Bedarf her nötig.



Die Möglichkeit einen Zugang zu sauberem Wasser zu bekommen ist von der Ökonomie des jeweiligen Staates abhängig

Diskussionsverlauf:

In der anschließenden Workshop-Phase sammelten die TeilnehmerInnen in drei Arbeitsgruppen mit Moderationskarten Fragen und Problemstellungen an der Wand, die sie wiederum den drei Dimensionen (Ressource, Ökosystem, Menschenrecht) zuordnen konnten.

Zentrale Fragen und Fragenkomplexe, die sich hieraus ergaben, waren unter anderem:

Wie kann man global gerechte Wasserverteilung gewährleisten?

Wie kann das Menschenrecht auf Wasser eingeklagt werden?

Was sind die politischen Voraussetzungen für die Durchsetzung des Menschenrechts auf Wasser?

Kann das Menschenrecht auf Wasser überhaupt gewährleistet werden, wenn das Wasser privatisiert ist?

Was geben die Energiekonzerne der Gesellschaft zurück, dafür, dass sie die gesellschaftliche Ressource Wasser für sich nutzen?

Wie machen die Energiekonzerne ihren Umgang mit Wasser transparent?

Inwiefern leisten Unternehmen Kompensation für die ökologischen Auswirkungen der Erwärmung der Flüsse bei der Nutzung von Flusswasser als Kühlwasser?

Ist Wasserkraft immer ökologisch?

Was kann gegen die Überfischung der Meere getan werden?

In der Runde wurden die verschiedenen Fragen und Fragenkomplexe diskutiert und Konsequenzen in punkto Gewässerschutz und Umweltschutz-Gesetzgebung (Europäische Wasserrahmenrichtlinie) vorgestellt und auf ihre Wirkung hin überprüft. Zum Thema „Menschenrecht Wasser“ wurde eine stärkere Einbindung der UNO zur Durchsetzung des Anspruchs in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit für nötig gehalten. Zum Themenkomplex „Wasser als Ressource“ diskutierten die TeilnehmerInnen des Workshops Konzepte von „Integrated Water Resources Management“ und wassereffizientere Wirtschaftskonzepte. Dafür notwendig sei ein Technologietransfer in den Bereichen „Wassernutzung“ und „Abwasserklärung“ in die weniger entwickelten Länder, um gravierende Folgen für Umwelt und Bevölkerung zu vermeiden. Im Bereich „Wassernutzung in der Landwirtschaft“ wurde die Problematik des „Virtuellen Wassers“ diskutiert. In dieser Frage wurde deutlich, dass die Abhängigkeit der Länder des Südens in der Ernährung ihrer Bevölkerung nicht weiter tolerierbar ist, da neben der strukturellen Abhängigkeit damit in den Ländern des Südens auch eine wasserintensive und gleichzeitig exportorientierte Landwirtschaft gefördert wird.

Ergebnisse:

Allgemein deutlich wurde die Komplexität des Themas und die vielfältigen Zusammenhänge bei wassernahen Ökosystemen. Einig waren sich die Diskutierenden, dass es beim Thema „Wasser“ eines systemischen Ansatzes bedarf, da die verschiedenen Teilbereiche und Aspekte eng miteinander verknüpft sind. Die Fragen zu Wasser als Wirtschaftsgut wurden auf den zweiten Teil des Workshops vertagt.

Im zweiten Teil des Workshops wurde zu Beginn die vom NDR produzierte Dokumentation „Wasser unterm Hammer“ gezeigt, die von den Folgen der Liberalisierung des Wassermarktes und der Vollprivatisierung der Wasserversorgung und Großstädten handelt. Als Beispiele werden London und Berlin angeführt.

In der auf den Film folgenden lebhaften Diskussion kamen die TeilnehmerInnen mehrheitlich zu dem Schluss, dass sie gegen eine Vollprivatisierung der Wasserversorgung sind, da dies weder im Interesse der BürgerInnen, noch im Interesse des Umweltschutzes ist.

Forderungen:

Konkret formulierte das Plenum, was die Kriterien einer sozialen und ökologischen Wasserversorgung sein müssen:

nachhaltige Wasserentnahme

keine Verschwendung von Wasser durch undichte Rohre (das Wasser hat einen eigenen Wert)

Preisstabilität

Wasserversorgung für jede und jeden

hohe Qualitätsstandards

Ergebnisse:

Das Urteil der Workshop-TeilnehmerInnen fiel fast einstimmig aus: Bei einer Liberalisierung des Wassersektors sind die Grundanforderungen, die wir an die Wasserversorgung stellen, mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht mehr zu gewährleisten:

Dies hatte nach Meinung der Diskutierenden mehrere Gründe:

Wasser wird bei einer Liberalisierung automatisch zu einem Wirtschaftsfaktor. Das Ziel, möglichst viel Gewinn zu machen, ist nicht vereinbar mit dem Ziel, möglichst hohe Qualität für jede und jeden zu liefern. Es wird nur versucht, die notwendige Qualität zu erreichen.

Ein staatliches Unternehmen steht nicht unter dem Druck, hohen Profit erwirtschaften zu müssen, auch wenn es wirtschaftlich arbeiten muss.

Durch diese Profitgier wird bei der Instandsetzung des Leitungssystems gespart. Ziel muss es jedoch sein, den Wasserverlust durch leckende Rohre zu minimieren.

Eine Preisstabilität ist damit nicht mehr gewährleistet

Wasserwerke gehören den BürgerInnen und sind damit unverkäuflich.

„Essen, Wasser, Energie – Herausforderungen an die Landwirtschaft“

Workshop mit:

Ulrike Höfken, MdB

Diskussionsverlauf:

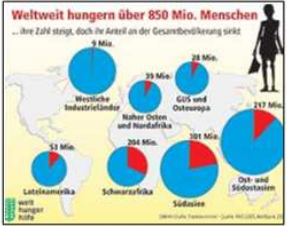
Zur Einführung in die Thematik wurde ein Wissensquiz vorbereitet, bei dem die Teilnehmer unter anderem die Öko-Bilanz verschiedener Lebensmittel wie Gemüse und Fleisch einschätzen sollten.

Danach folgte ein Vortrag von Ulrike Höfken, der die aktuelle Situation, Hintergründe und Zusammenhänge von Klimawandel, Welthunger, Landwirtschaft und Energie darstellte.

Workshop „Essen Wasser, Energie – Herausforderungen für die Landwirtschaft“
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Bundestagsfraktion

Klimaschutz ist kein Luxus!

- Wenn die Klimaprobleme nicht gelöst werden und die globale Temperatur um mehr als zwei Grad steigt, kann sich die Zahl der Hungernden um 200 Mio. erhöhen (z. Zt. 854 Mio.)
- Verursacht wird die Situation durch zunehmende Wüstenbildung, Überschwemmungen, Verschlechterung von fruchtbaren Böden und durch Verteilungungerechtigkeiten, zunehmende Konflikte u.ä.



Weltweit hungern über 850 Mio. Menschen
... ihre Zahl steigt, doch ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung sinkt

Region	Bevölkerung (Mio.)
Industrieländer	9 Mio.
China und Ostasien	39 Mio.
Naher Osten und Nordafrika	28 Mio.
Öst- und Südostasien	217 Mio.
Südamerika	321 Mio.
Schwarafrika	704 Mio.
Latinoamerika	52 Mio.

(Quelle: Stern-Report)

Ulrike Höfken, MdB
20.10.2007
Folie 2

Klimaprobleme und weltweiter Hunger müssen/werden nun im Zusammenhang gesehen werden.

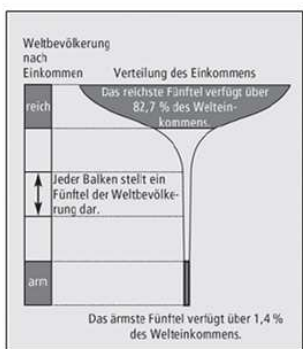
Workshop „Essen Wasser, Energie – Herausforderungen für die Landwirtschaft“
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Bundestagsfraktion

Nahrung ist für alle da ...

- Rechnerisch stehen weltweit pro Kopf 2700 kcal zur Verfügung.
- Der Bedarf liegt bei ca. 2300 kcal

Aber:

- Statt zur menschlichen Ernährung werden die Ackerflächen für den Anbau von Soja oder Getreide als Futtermittel genutzt
- oder für den Anbau von Blumen, Baumwolle oder Kaffee für den Export



Weltbevölkerung nach Einkommen

Das reichste Fünftel verfügt über 82,7 % des Welteinkommens.

Jeder Balken stellt ein Fünftel der Weltbevölkerung dar.

Das ärmste Fünftel verfügt über 1,4 % des Welteinkommens.

Ulrike Höfken, MdB
20.10.2007
Folie 3

Trotz ausreichenden Kapazitäten von Anbauflächen hungern Menschen auf der ganzen Welt.

Nach der fachlichen Einführung haben sich die Teilnehmer in zwei Arbeitsgruppen aufgeteilt, um dann selbständig - allerdings unter Anleitung von Ulrike Höfken und mit Hilfe von Leitfragen - die Themen Energie und Nachwachsende Rohstoffe sowie Ernährung, Trinkwasser und Klima auszuarbeiten, weitere Probleme aufzuführen und Lösungsmöglichkeiten zu finden.

Dazu wurden verschiedene Texte verteilt, die die Themen näher erläutern und vertiefend auf die Einzelaspekte eingehen.

Anschließend sollte jede Gruppe ihre Arbeitsergebnisse kurz darstellen und das für sie Wichtigste hervorheben.

Ergebnisse/Forderungen:

Nach der Vorstellung der Gruppenergebnisse waren sich alle Teilnehmer einig, dass die Klimaschutzziele politisch umgesetzt werden müssen. Dazu wurden die folgenden konkreten Vorschläge erarbeitet:

Weg vom Öl:

Klimaschutz vorantreiben durch Förderung von Bioenergien, dabei müssen Klimaschutz, Ernährungssicherheit und Umweltschutz im Einklang sein. Der CO₂-Ausstoß soll bis 2020 um 40 Prozent verringert werden durch Energieeffizienz, Energieeinsparung und Erneuerbare Energien. Das Ziel, den Anstieg der Erderwärmung auf 2 Grad zu begrenzen, muss unbedingt eingehalten werden.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz noch weiter verbessern: Bis 2020 können über 40 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen stammen.

Wir fordern ein Biogaseinspeisungsgesetz und ein Erneuerbare-Energien-Wärme-gesetz.

Die Energiesparverordnung (EnEV) muss verschärft und ihre Umsetzung besser kontrolliert werden.

Nachwachsende Rohstoffe und Erneuerbare Energien müssen Nachhaltigkeitskriterien erfüllen:

Die Energie- und Ökobilanz muss positiv sein.

Die lokale Nahrungsmittelproduktion darf nicht verdrängt werden.

Natur- und Umweltschutzkriterien dürfen nicht verletzt und Pestizideinsatz muss verringert werden.

Die Artenvielfalt muss erhalten bleiben

Nachwachsende Rohstoffe dürfen keine gentechnisch veränderten Pflanzen sein.

Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) weiter vorantreiben:

Für den Ernährungs- und Agrarbereich müssen Klimaschutz-Reduktionsziele beschlossen werden.

Agrarumweltmaßnahmen und die Ökologische Landwirtschaft müssen mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

Artgerecht gehaltene und bäuerliche Tierbestände und Betriebe müssen stärker unterstützt, die Förderung von Massentierhaltung gestoppt werden, damit qualitativ hochwertige Fleischerzeugung gewährleistet wird.

Risikotechnologien wie die Agrogentechnik oder ökologisch schädliche industrielle Bewirtschaftung dürfen keine Legitimität mehr erhalten.

Neue Instrumente wie Emissionshandel oder die Erhebung einer Stickstoffsteuerabgabe nutzen, um umwelt- und klimaschonende Standards in der Landwirtschaft zu setzen.

Die Fleischproduktion muss reduziert werden, denn dadurch sinken die Treibhausgasemissionen zweifach: Es müssen weltweit weniger Flächen für die Futtermittel bewirtschaftet werden und die Methanproduktion durch die Rinder wird gesenkt.

Der Hunger auf der Welt muss konsequent bekämpft und die Zahl der Hungernden - gemäß den Millenniumszielen - bis 2015 halbiert werden durch:

die konsequente und praktische Anwendung der internationalen Leitlinien zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung.

die Abschaffung des Agrardumpings der EU (keine Überschwemmung der armen Länder mit subventionierten Nahrungsmitteln aus den Industrieländern).

faire Handelsbedingungen für die Entwicklungsländer (ungerechte Zollpolitik abschaffen und „Fair Trade“ unterstützen).

bessere Finanzierung und Konzepte für die ländliche Entwicklung der Kleinbauern und Frauen, denn auf dem Land ist der Hunger am größten.

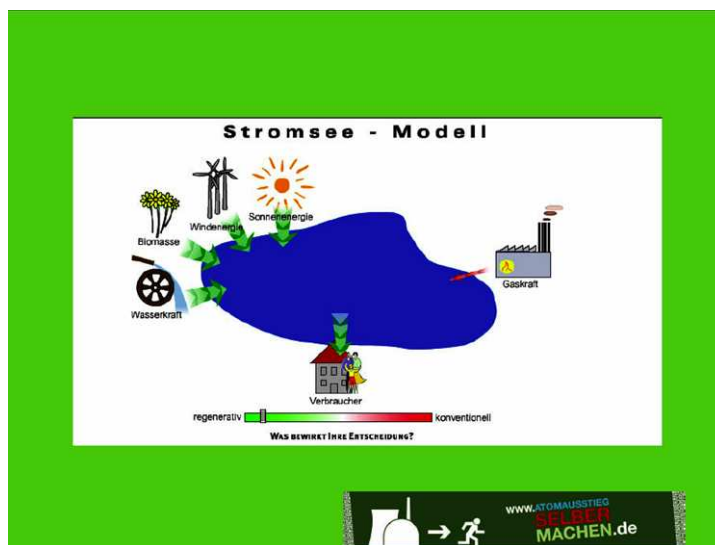
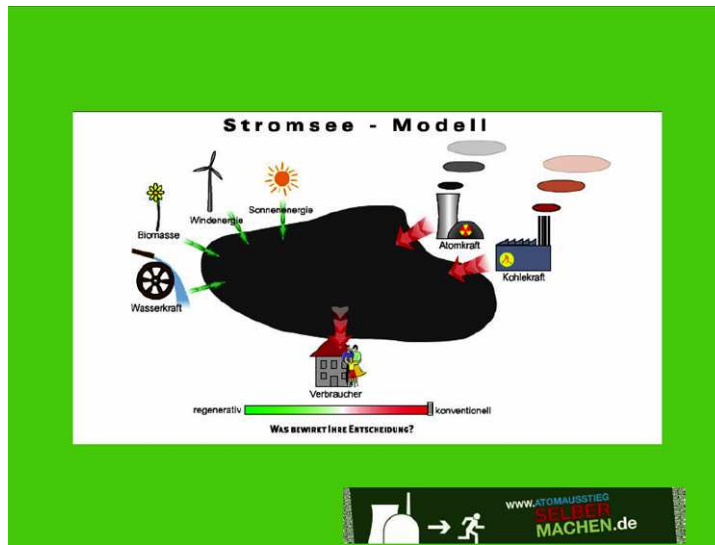
Importverbot von Energie- oder Futtermittelpflanzen aus umweltzerstörendem Raubbau.

„Energie fürs Klima: 100 % Erneuerbare – oder Atom und CO₂-freie Kohle?“

Workshop mit

Sylvia Kotting-Uhl, MdB

Zunächst stellte Sylvia Kotting-Uhl die Problematik in einem Vortrag dar.



Der CO2 Pro-Kopf-Ausstoß einiger Länder (30.08.2007)

- 1 Katar 44,5
 - 2 Kuwait 26,0
 - 3 Ver. Arab. Emirate 23,9
 - 6 USA 19,9
 - 10 Australien 17,2
 - 26 Deutschland 10,5
 - 28 Japan 9,9
 - 75 China 3,5
 - 76 Argentinien 3,5
 - 102 Brasilien 1,8
 - 154 Kenia 0,3
 - 186 Tschad 0,01
- (Quelle: World Resources Institute; www.wri.org)

• Ziel: 2 Tonnen CO2 pro Kopf und Jahr

Faktische Aufkündigung des Atomkonsenses

*Die ältesten Schrottreaktoren sollen länger laufen als
zugesagt*

RWE : AKW Biblis A (ältestes in Betrieb befindliches
AKW in Deutschland)

EnBW : AKW Neckarwestheim I

Vattenfall : Brunsbüttel



Die Reaktion

Genug ist genug!
Atomausstieg selber machen!

- Alle Umweltverbände schließen sich zusammen
- keiner kauft mehr Atomstrom
- Energiewende durch Verbrauchermacht



Bundesweite Ökostromanbieter*



* Die dieser Auswahl zugrunde liegenden Kriterien finden Sie unter www.atomausstieg-selber-machen.de. Möglicherweise gibt es daneben in Ihrer jeweiligen Umgebung auch einen regionalen Stromanbieter, der die ersten beiden dieser Kriterien erfüllt. Informieren Sie sich konkret vor Ort und geben Sie uns diese Informationen gerne weiter.



Im Anschluss an den Vortrag stellten die TeilnehmerInnen getrennt nach den Themen Atomkraft und Kohle Thesen über mögliche Lösungen auf, die dann debattiert wurden.

Atomkraft

Thesen der TeilnehmerInnen:

- Es gibt keine Alternative, CO₂-freie Energie ist noch überwiegend Theorie
- Was ist schlimmer? Lagerung von Atommüll oder Energieproduktion mit weiterer CO₂-Emission?
- Es gibt genug mögliche Szenarien ohne Atom
- Effizienz muss einfach mehr Beachtung finden, sie ist ein entscheidender Punkt. 30% Effizienzsteigerung sind möglich Bereits nach 6 Jahren hat man einen ökonomischen Vorteil für ein effizienteres Gerät. Und die Energiepreise werden weiter steigen
- Laufzeitverlängerung selbst ist vielleicht nicht so das Problem. Der Neubau sollte aber auf jeden Fall unterbleiben
- Braucht man überhaupt einen Kühlschrank, muss man überhaupt soviel einkaufen und zuhause lagern? Ohne Kühlschrank spart man ca. 10 Euro pro Monat
- Atomausstieg führt zu neuen Investitionen in Alternativen.
- Effizienz ist nicht nur zuhause drin, Erzeugung von Kohle ist uneffizient, Kraft-Wärme-Kopplung wird noch überhaupt nicht ausreichend genutzt
- Braucht man das wirklich alles aus der Werbung? Ist es ethisch vertretbar, den Menschen in Afrika einen solchen Anspruch zu verwehren?
- Bei Geräten, die älter als 15 Jahre sind, lohnt sich eine Neuanschaffung immer.
- Wir sollten nicht nur mit dem Finger auf die USA zeigen, sondern auch auf uns selber.
- Wenn wir die AKWs ausschalten, wo sind denn die Alternativen heute?
- Endlagerung muss endlich geklärt werden, aber mit der Bevölkerung

einige Antworten von Sylvia Kotting-Uhl in der Debatte:

Der Atom-Ausstieg bringt Innovationsdruck. Ein Stück weit muss beim Atomausstieg auf fossile Energieträger zurückgegangen werden, z.B. Gas als Übergangstechnologie und Kraft-Wärme-Kopplung, dezentrale Einheiten, die auch die Wärme sinnvoll abgeben können.

Beim umstrittenen Biogas kommt es darauf an, wie es erzeugt wird; durch Monokulturen sicher nicht, aber Rest- und Abfallstoffe zu nutzen ist sinnvoll. Für arme Länder ist es vor allem ein großes Problem, wenn durch den Welthandel regionale Strukturen zerstört werden.

Der Neubau von AKWs kann kein Thema sein, ohne Subventionen wäre das auch nicht wirtschaftlich. In der Endlager-Diskussion wollen wir ein weißes Blatt.

Ist Kohle sauber oder nicht?

Zunächst gibt Sylvia Kotting-Uhl einen **Problemaufriss**:

Kohle ist verfügbar und billig (ohne externe Kosten), der Emissionshandel noch wenig effektiv. Zuteilungsgesetz bevorzugt Kohle, es gibt keine Lenkungswirkung zu effizienterem Gas. Außerdem gibt es teilweise starke Länderinteressen für die Kohle. Ihr einziger aber dafür umso schlimmerer Nachteil ist: Kohle ist der größte Klimaverschmutzer, deshalb gibt es den Wunsch nach CCS. Das wäre auch international notwendig, da die Kohle so oder so verbrannt wird, deshalb gibt es die Argumentation, Deutschland als Technikland müsse diese Technologie entwickeln. Bisher gibt es CCS aber nur im Versuchsmaßstab, nur eines von vier bekannten Verfahren könnte zukünftig evtl. halbwegs effizient arbeiten, es ist aber leider nicht nachrüstbar. Die Folge wäre, dass jetzt neu gebaute Kohlekraftwerke nie CO₂-arm sein werden. Weiterer Nachteile: Strom wird teurer, die Effizienz bei der Erzeugung sinkt noch weiter; eine sichere Lagerung ist schwierig, es fallen Transportkosten an, Infrastruktur muss bezahlt werden. China aber könnte mit der CCS Technologie nicht viel anfangen, da es dort keine Speichermöglichkeiten gibt, es würden viele Transporte und damit weitere hohe Kosten anfallen. Geld für die CCS Forschung geht den EE verloren.

Verlauf der Debatte

- Was ist mit anderen Emissionen der Kohle?
- Sylvia Kotting-Uhl: Sie werden durch CCS nicht beseitigt, es gibt keine Energie ohne Schäden.
- Wie viel Kohle ist noch vorhanden?
- Sylvia Kotting-Uhl: Es gibt unterschiedliche Zahlen, zwischen 180 – 200 Jahre; allerdings ist nicht im gleichen Maße Speicher für durch CCS abgeschiedenes CO₂ vorhanden, nur für etwa 100 Jahre. Es ist in dieser Größenordnung auch keine Verwendung möglich. Das CO₂ soll 1000 Jahre liegen und überwacht werden, wir hätten also ein neues Endlagerproblem.
- Fakt ist dass Kohle verbrannt wird, deshalb ist die Frage wohin damit. Z.B. wäre China mit CCS besser als China.
- Welcher Alternative hat denn China?
- China ist nicht alles, weltweit gibt es außerdem ein enormes Bevölkerungswachstum, das den Energieverbrauch erhöhen wird.
- CCS ist noch Theorie, alle anderen Technologien müssen genutzt werden
- Die Kohle liegt nicht nur in China sondern auch in der Lausitz. Die Kohlegewinnung dort ist CO₂-intensiv und führt zusätzlich zu erheblichen nicht klimaverursachten Veränderungen des Wasserhaushaltes. Menschen müssen umgesiedelt werden, um an Kohle zu kommen. Nicht nur an Technologien denken, sondern auch an das soziale Klima. Das kann man auch auf China übertragen
- Sylvia Kotting-Uhl: Ein wichtiger Ansatz sind die Produktionsbedingungen, Länder ohne Standards sind billiger. Es gibt keine Weltregierung, deshalb sind die Gesellschaften von sich aus gefragt, Standards zu setzen. Keine Gesellschaft wird es sich auf Dauer leisten können, soziale Fragen und die Umwelt auszublenden. Kohle muss deshalb teuer sein, EE aber billig, deshalb sollte besser an EE geforscht wer-

den und nicht an der Kohleverstromung, damit EE billig wird. Auch der nationale Zuteilungsplan für den Emissionshandel (NAP) darf deshalb nicht die Kohle begünstigen. Weltweiter Emissionshandel wird irgendwann kommen, dann ist Kohle auch in China nicht attraktiv.

- Brauchen wir nicht Subventionen für bessere Produkte?
- Externe Kosten müssen in den Kosten der Produkte enthalten sein.
- Allein der Ansatz „Verschmutzung kostet Geld“ ist problematisch; können sich dann nicht doch die Reichen mehr CO₂ leisten als die Armen. Das ist ungerecht. Muss das Ziel nicht eher 0 Prozent CO₂ für alle sein?
- Sylvia Kotting-Uhl: Das ist zu einfach, es ist Markt und Ordnungsrecht nötig. Am Beispiel Auto: Eine CO₂-Reduktion im Schnitt reicht nicht, es muss darüber hinaus auch eine absolute Obergrenze geben, die für alle gilt. Warum muss man über gut ausgebaute deutsche Straßen im geländegängigen SUV zum Kindergarten fahren? Der CO₂ Deckel muss ambitioniert sein. Man soll sich davon nicht freikaufen können.
- Ist das nicht eine Einschränkung der Bürgerrechte? SUV ist unsinnig, aber darf man das verbieten?
- Dann müsste man eher das Fliegen verbieten
- Verbote schränken den Menschen in seiner Freiheit ein. Ökonomische Anreize sind besser
- Was ist denn mit dem Recht, saubere Luft zu atmen? Muss das nicht für alle gelten, ist das nicht Gerechtigkeit?
- Andere Länder machen ein Tempolimit, aber wir nicht
- Ein Flug nach Australien verbraucht 14 t CO₂, aber man spart nur 200 g durch eine Energiesparlampe. Man muss die Relationen beachten.
- Eine Energiesparlampe kann man aber ohne Verzicht benutzen, Fliegen muss man manchmal.
- Es geht nicht um entweder Lampe oder Flugzeug, die Frage ist doch: Wo kann ich mit wenigen Maßnahmen viel erreichen? Fliegen und Heizen fallen da ins Gewicht.
- Wir haben viel geredet, aber nichts Konkretes, ist das in der Politik genau so? Schaffen wir das Ziel, oder nicht?
- Sylvia Kotting-Uhl: Jeder von uns macht jeden Tag Politik, hat die Möglichkeit Einfluss zu nehmen. Umkehrungen kommen selten von oben, sondern immer von unten.
- Jeder kann bei seinem Anbieter nachfragen, woher der Strom kommt, und wechseln. So wird Nachfrage auch ein Angebot schaffen.
- Wie kriegen wir das Thema Klimaschutz in die Köpfe, wie überzeugt man den Einzelnen?

Projekt: PR für den Klimaschutz – Wie initiiere ich eine Klimaschutz-Gruppe?



erfolgreich vermitteln

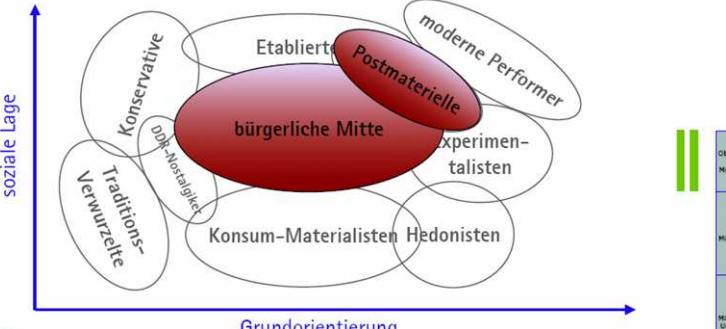
Der Weg zum Klimaschutz



Interesse wecken → **Verständnis vermitteln** → **Handlung motivieren**

 **Klimaschutz erfolgreich vermitteln**

Gesellschaftsmilieus



soziale Lage

Grundorientierung

Klimaschutz erfolgreich vermitteln

Die bürgerliche Mitte



Qualität von Lebensmitteln
Preis-Leistungs-Verhältnisse
Umwelt-Image

- Statusorientierung
- berufliche Etablierung
- Konsumorientierung

15% der Bevölkerung



Klimaschutz erfolgreich vermitteln

Die Postmateriellen



Pioniermilieu für Umweltprojekte
direkte Ansprache

- hohes Umweltbewusstsein
- Realisierungskritisch
- intellektuelle Interessen

10% der Bevölkerung



Klimaschutz erfolgreich vermitteln

Was bringt das Wissen um Milieus?

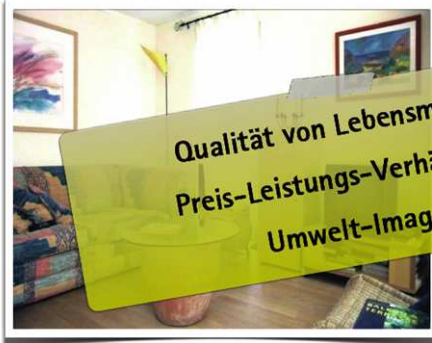
✓ Orientierung bei der Zielgruppenauswahl

✗ keine Kommunikationsanleitung gegenüber Einzelnen!



Klimaschutz erfolgreich vermitteln

Die bürgerliche Mitte



Qualität von Lebensmitteln
Preis-Leistungs-Verhältnisse
Umwelt-Image

- Statusorientierung
- berufliche Etablierung
- Konsumorientierung

15% der Bevölkerung



Klimaschutz erfolgreich vermitteln

Die Postmateriellen



Pioniermilieu für Umweltprojekte
direkte Ansprache

- hohes Umweltbewusstsein
- Realisierungskritisch
- intellektuelle Interessen

10% der Bevölkerung



Klimaschutz erfolgreich vermitteln

Was bringt das Wissen um Milieus?

✓ Orientierung bei der Zielgruppenauswahl

✗ keine Kommunikationsanleitung gegenüber Einzelnen!

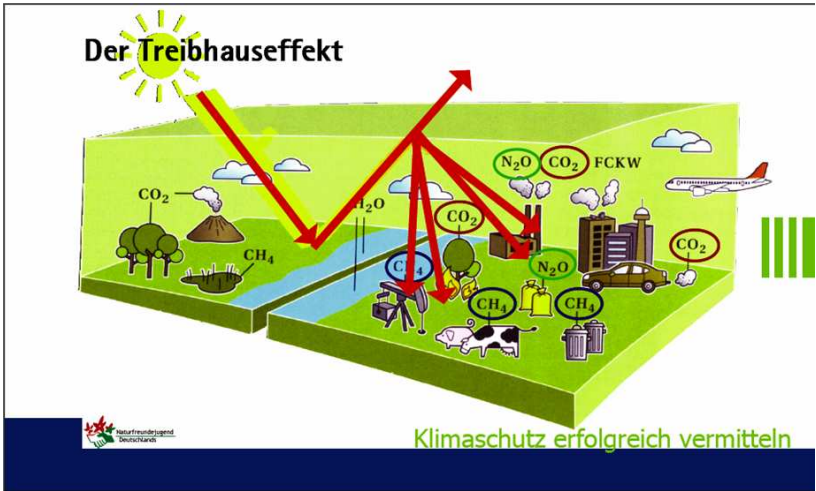
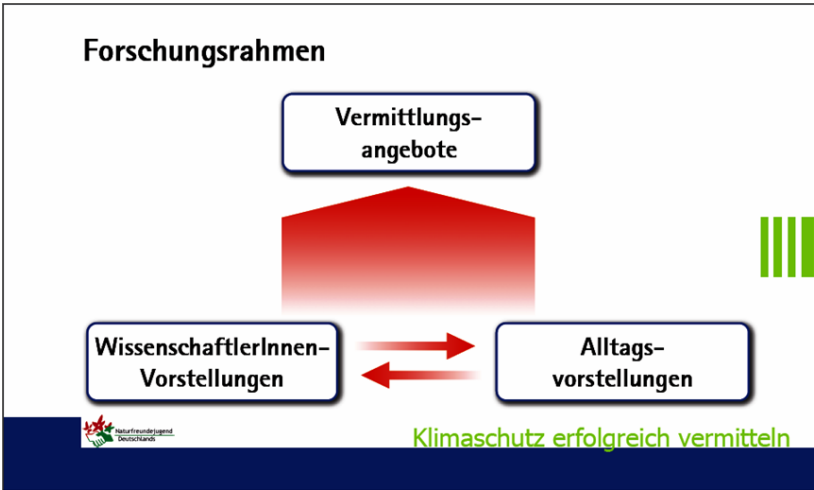


Klimaschutz erfolgreich vermitteln

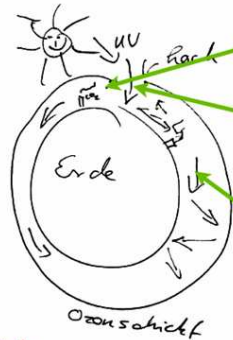
Warum wird die Erde wärmer?



Klimaschutz erfolgreich vermitteln



Alltagsvorstellung: Warum wird es wärmer?



»Das CO₂ greift die Ozonschicht an. Deswegen haben wir hier ein Loch.

Die Sonnenstrahlen mit dem UV-Licht kommen durch das Loch zur Erde und verteilen sich dann.

Die Ozonschicht will nicht, dass das UV-Licht wieder raus geht. Deswegen bleibt es zwischen Ozonschicht und Erde und die Erde heizt sich auf.



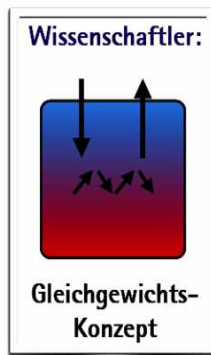
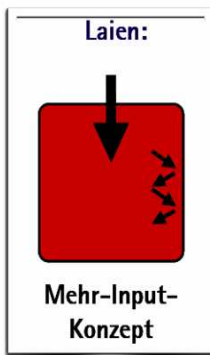
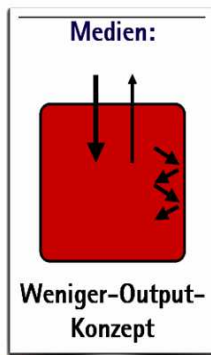
Klimaschutz erfolgreich vermitteln

Ozonloch & Treibhauseffekt



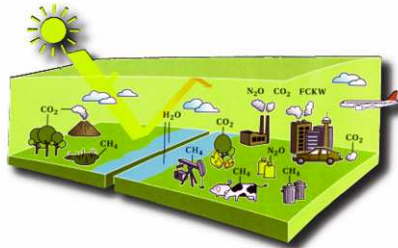
Klimaschutz erfolgreich vermitteln

Warum wird es wärmer?



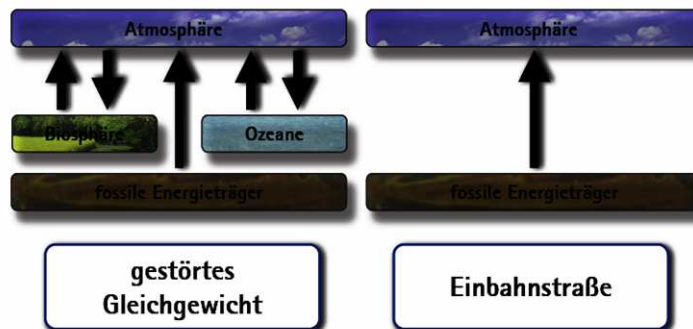
Klimaschutz erfolgreich vermitteln

Die richtigen Bilder nutzen



Klimaschutz erfolgreich vermitteln

Das Problem mit dem CO₂



Klimaschutz erfolgreich vermitteln

Ist der Klimawandel ein Problem?

Laie

»Na ja, wenn sich die Erde um zwei, drei Grad erwärmt, ist das für mich persönlich eigentlich ganz schön!«

Wärme

Wissenschaftler

»Die Ursache der globalen Erwärmung ist der verstärkte Treibhausgasausstoß.«

»Eine Aufheizung um zwei, drei Grad ist schon ein großes Problem.«

Hitze

»Als Folge der Aufheizung des Klimas wird es zu Dürrekatastrophen kommen [...]«



Klimaschutz erfolgreich vermitteln

Zusammenfassung

- Klärt eure Zielgruppe!
- Achtet Einstellungen & geht auf Vorstellungen ein!
- Geht auf die Vorstellungen eurer Zielgruppe ein:
 - Treibhaus und Ozonloch sind verschiedene Probleme.
 - Treibhausgase sind wie Gänsedaunen.
 - Klimaaktive Gase machen das Treibhaus.
 - CO₂ hat verschiedene Quellen. Nur manche sind ein Problem.
- Die Erde erwärmt sich nicht, sie heizt sich auf.



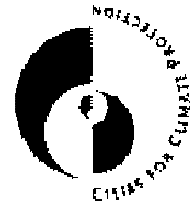
Klimaschutz erfolgreich vermitteln

Städte machen Klimapolitik Beispiele aus Cambridge und Tübingen

Robert W. Healy
City Manager of Cambridge, USA



1.1.1 MUNICIPAL CLIMATE PROTECTION ACTIONS IN CAMBRIDGE, MASSA-



CLIMATE PROTECTION PLAN & GOAL

Joining with Other Local Governments – Cambridge is a member of ICLEI-Local Governments for Sustainability (there are over 360 U.S. local government members as of October 2007, and over 600 worldwide including 10 in Germany) and participates in their Cities for Climate Protection program. Cambridge is also a signatory to the US Mayors Climate Protection Agreement initiated by Mayor Greg Nickels of Seattle and adopted by the US Conference of Mayors.

Climate Protection Plan & Goal – The Cambridge Climate Protection Plan was approved by the City Council in December 2002. The plan sets a goal to reduce greenhouse gas emissions by 20% below 1990 levels by 2010. The plan and information about local activities can be found at <http://www.cambridgema.gov/climate>.

The City Manager appointed a Climate Protection Action Committee to advise the City on implementation of the plan. It has 15 members including representatives of Harvard University, Massachusetts Institute of Technology, Cambridge Health Alliance, Chamber of Commerce, businesses, and citizens.

GREENING MUNICIPAL OPERATIONS

Green Buildings

All new municipal construction and major renovations projects follow the U.S. Green Building Council's Leadership in Energy & Environmental Design (LEED) standards.

City Hall Annex achieved LEED Gold status and is the oldest building (built in 1871) in the US to do so. There are 5 additional projects underway that will achieve LEED status including a library, youth center, swimming facility, athletic building, and police station.

Green Fleets

An inter-departmental Green Fleet Committee was established by the City Manager to establish policies and procedures for acquisition of new vehicles based on fuel efficiency and lower air pollution goals.

The Committee is also addressing operations and maintenance of vehicles, including retrofitting older vehicles with diesel pollution controls and reducing idling.

Employee Transportation Demand Management

City provides incentives to municipal employees to commute to work by means other than driving alone. Incentives include subsidized public transit passes, shuttle bus services, ride-share matching, bicycles stationed at departments, and car-sharing services for business use.

Energy Efficiency of City Buildings

The City Manager established an inter-departmental Energy Management Work Group to track energy consumption and target City-owned buildings for energy efficiency improvements.

A Web-based energy information system was developed to track the consumption of electricity, natural gas, and fuel oil in municipal buildings.

The City is systematically upgrading lighting and replacing air conditioning, boilers, and HVAC systems in its buildings. To date, 14 projects have reduced annual greenhouse gas emissions by approximately 600 metric tons and save about \$300,000 in energy costs each year.

The City Manager issued an Energy Star purchasing policy that requires all new equipment to meet the federal Energy Star standards or equivalent except where impractical.

Renewable Energy

The City Council adopted a goal that 20% of the municipal electric load come from renewable sources by 2010. The City is working to develop a strategy based on purchasing renewable energy certificates (i.e., carbon offsets), investing in a renewable energy installation (e.g., wind turbine) out side Cambridge, and installing renewable energy systems at City facilities.

The City has installed solar photovoltaic systems, with support from the Massachusetts Renewable Energy Trust, and is assessing the feasibility of installing about 180 kilowatts of hydropower in the Cambridge water supply reservoir system.

Urban Forestry

The City has created a geographic information system based inventory of all street trees.

An urban forest canopy assessment was conducted, using the CityGreen software produced by the non-profit organization American Forests. The study found that Cambridge has an urban forest canopy cover of about 20% and that the urban forest provides services in terms of stormwater management and air pollution mitigation that is conservatively estimated at about \$7.5 million annually (mostly stormwater benefits; does not include benefits from energy savings, carbon storage, enhanced property values, or increased livability).

COMMUNITY ACTIONS

Cambridge Energy Alliance

In collaboration with the Henry P. Kendall Foundation, the City launched the Alliance as an effort to achieve massive energy efficiency in Cambridge. Over the next 5 to 7 years, the Alliance aims to reach 50% of all households, businesses, and insti-

tutions and invest \$100 million to reduce electricity demand by 15% and fossil fuel use by 10%.

Cambridge Climate Leader

This is the City's program to engage businesses and organizations in supporting the Climate Protection Plan. To date 20 partners have joined, including biotech companies, supermarkets, office buildings, restaurants, hotels, and small businesses. The City provides free technical assistance on energy, transportation, and waste issues and links the partners with other services provided by the local electric utility and others.

GoGreen Awards for Businesses & Organizations

The City annually recognizes businesses and organizations that exhibit exemplary performance in energy, transportation, and waste reduction. The awards event is held at City Hall Annex – a green building – and the awardees are recognized before their peers and through other forms of public recognition.

Parking & Transportation Demand Management (PTDM)

The PTDM ordinance regulates developments that propose to create new parking spaces. Developments are required to develop plans to reduce single-occupancy automobile commuting by providing incentives and services. Targets are established which are generally 10% below the current average for single occupancy vehicle trips in the district. Monitoring and reporting is required.

Energy Fairs

The City sponsors an annual Home & Energy Fair to display products, services, and programs to help residents become more energy efficient and use clean energy.

Waste Minimization and Recycling

The City provides comprehensive curbside recycling services to residents and some small businesses. In 2006, 21,300 tons of waste was collected for disposal and additionally recycled about 12,000 tons. A third of waste is recycled.

The City conducted a challenge to engage the private and institutional sectors in increasing their recycling rates to 40%.

In 2006, the City started an organics collection program for businesses and organizations. Food and other organic waste is collected from restaurants, hotels, florists, corporate cafeterias, and others for composting. The material is turned into compost for landscaping use. To date 28 businesses and organizations are participating, collecting about 7 tons of organic waste per day. Approximately 1,780 metric tons of carbon dioxide equivalent are avoided that would result in methane emissions from landfills.

Zusammenfassung des Gesprächs „Städte machen Klimapolitik“

Robert W. Healy, Citymanager Cambridge, USA

Boris Palmer, Oberbürgermeister Tübingen

Moderation:

Kai Gehring, MdB

Kai Gehring, jugendpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, moderierte die Diskussion zum Thema „Städte machen Klimapolitik“ mit Robert Healy, City-Manager von Cambridge (USA), und Boris Palmer, dem grünen Oberbürgermeister von Tübingen. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, wie die Städte als Teil des Klimaproblems zu dessen Lösung beitragen können.

Stadtmanager Robert W. Healy stellte sowohl sich als auch das bemerkenswerte Energieprojekt der Stadt Cambridge im US-Bundesstaat Massachusetts vor, welches im Frühjahr dieses Jahres gestartet wurde. Die Cambridge Energy Alliance ist ein neues innovatives Programm, um Energie effizienter zu nutzen mit dem Ziel die kommunalen Treibhausgasemissionen, Spannungsspitzen bei der Stromversorgung und den Verbrauch von fossilen Energieträgern zu senken. Kaum vorstellbar für Deutschland, wurde dieser Fonds mit 100 Millionen Dollar ausgestattet. 80 Prozent kommen aus dem privaten Sektor. Es flossen keine Gelder der Stadt in dieses Programm.

Robert Healy erzählte von vielfältigen Maßnahmen, die in Cambridge schon umgesetzt wurden, um die Treibhausgasemissionen zu senken. So wird z.B. verstärkt auf Rad- und Fußverkehr gesetzt, bei Neuanschaffung von Fahrzeugen wird auf geringen Kraftstoffverbrauch Wert gelegt, und neue Gebäude werden energieeffizient gestaltet. Doch alle diese Maßnahmen führten nicht zu einer Abnahme der Gesamtemissionen, da selbst „grüne“ Gebäude Energie verbrauchen und Cambridge mit seinen ungefähr 100.000 Einwohnerinnen wächst - unter anderem die Universität mit ihrem starken Biotechnologiesektor.

Als Gegenmaßnahme sollen nun mit Hilfe der Gelder des Fonds die alten Gebäude saniert werden. Ziel ist es, in den nächsten 5 bis 7 Jahren 50 Prozent aller privaten Haushalte, Institutionen und die Wirtschaft zu animieren, 15 Prozent des Energieverbrauches und 10 Prozent der fossilen Brennstoffe einzusparen. Erleichtert wird dies dadurch, dass in Cambridge kaum Einfamilienhäuser existieren. Größtenteils sind es große Gebäude, die saniert werden müssten.

Auch die Probleme bei der Umgestaltung der Stadt kamen zur Sprache. Robert W. Healy erzählte von Gesetzen, die es den Energieversorgern ermöglichen, keine Energiesparmaßnahmen umzusetzen und auch von den Problemen mit einem Offshore-Windkraftpark, dessen Realisierung an der Feriensiedlung der Kennedys scheiterte.

Ein weiteres Ziel der Allianz ist es, andere Städte zum Nachmachen zu animieren und auch um ein Gegengewicht zur Klimapolitik der Bushadministration zu bilden.

Boris Palmer stellte die klimapolitischen Aktivitäten seiner Stadt vor. Es gebe viele Parallelen mit Cambridge und er habe bereits mit Robert W. Healy über eine mögliche Städtepartnerschaft gesprochen. Sehr unterschiedlich sei allerdings die finanzielle Ausstattung der beiden Kommunen. Von „70 Millionen Wagniskapital für Klimaschutz wie in Cambridge“ könne er nur träumen. Sein Ziel als Oberbürgermeister sei es, mit wenig Geld so viel wie möglich für den Klimaschutz zu erreichen. Es gebe bereits viele gute Beispiele in den Kommunen. Bisher fehle jedoch eine breitere Bewegung für mehr Klimaschutz. Das öffentliche Bewusstsein sei gestiegen und dies müsse für politische Veränderungen genutzt werden.

Bereits in seiner Antrittsrede habe Palmer angekündigt, die Zahl der Ökostromhaushalte vergrößern zu wollen. Auch durch städtische Aktivitäten sei es seitdem gelungen, dass sich deren Anzahl verdoppelt habe. Dies zeige, dass viele Menschen bereit seien, etwas zu verändern. Auch die Stadt Tübingen selbst ist zu einem Ökostromanbieter gewechselt. Alle 600 städtischen Arbeitsplätze wurden mit energieparenden Stromleisten ausgestattet. Die Stadtwerke bauen die Kraft-Wärme-Kopplung aus. Zudem werden ein neues Wasserkraftwerk und eine Biogasanlage gebaut.

Für das nächste Jahr plant Tübingen eine große Klimaschutzkampagne. Diese habe u.a. das Ziel, die Anzahl der Mitglieder des „Teil-Auto“-Clubs zu verdoppeln. Bereits heute würden 1000 Tübinger diese Car-Sharing Möglichkeit nutzen. Auf Kai Gehring's Frage nach kontraproduktiven Bundesgesetzen berichtete Palmer, dass es keine Möglichkeit für die Stadt gebe, Straßenflächen für das „Teil-Auto“ vorzusehen. Insgesamt entstünden durch den Verkehr ein Viertel der CO₂-Emissionen. Deshalb würden vielfältige Gegenstrategien wie etwa ein verstärkter Radwegebau vorangetrieben.

Der größte CO₂-Erzeuger sei jedoch der Verbrauch der Gebäude. Dies betreffe in besonderem Maße auch die öffentlichen Einrichtungen. In Tübingen werde zudem eine systematische Analyse des Verbrauchs des städtischen Wohnungsbestandes vorgenommen. Wichtige Bündnispartner seien hier die Handwerker vor Ort, die von Klimaschutzmaßnahmen profitieren. Laut Palmer ist die bundesweite Sanierungsquote viel zu gering. Solche Maßnahmen würden sich amortisieren und werden in Tübingen z.B. bei Schulgebäuden verstärkt vorangetrieben.

Öffentliche Einrichtungen hätten oft die schlechteste Wärme-Isolierung. So seien auch in Tübingen die Universitätsgebäude die größten Energieverbraucher und müssten dringend saniert werden. Dies läge dann aber nicht in der Hand der Stadt. Kai Gehring regte daraufhin an, dass Umwelt- und Bildungspolitiker an diesem Punkt eine konkrete Lösung finden sollten. Neben einer besseren Bahnverbindung zwischen Tübingen und Stuttgart sowie Mittelumschichtungen zugunsten des Klimaschutzes nannte Palmer dies einen seiner drei wichtigsten Wünsche aus der Sicht seiner Stadt. In der anschließenden Diskussion hatte Robert W. Healy auf die Frage, was die Jugendlichen denn fürs Klima tun können den Rat: „Go out and not preach it, teach it!“

Zusammenfassung des Kreuzverbörs „Jugendlich fragen, Wirtschaftsvertreter antworten“

-Energiewirtschaft und Klimaschutz-

Der Geschäftsführer des Öko-Stromanbieters Greenpeace-Energy, Robert Werner und der Leiter des Hauptstadtbüros des Energiekonzerns EnBW, Jürgen Hogrefe stellen sich den Fragen der Jugendlichen, die am Abend zuvor in einem gemeinsamen Plenum zusammengestellt wurden. Im Mittelpunkt stehen Fragen zur Atomenergie, beispielsweise ob der industrielle Energiehunger den Betrieb dieser Risikotechnologie rechtfertigt, wie die Endlagerfrage gelöst werden kann und ob nicht der Betrieb und Erhalt der teuren Atomtechnologie Investitionen in Erneuerbare behindert. Zur Nutzung der Kohle wollen die TeilnehmerInnen wissen, ob und wenn ja wann die CO₂-Abscheidungstechnologie verfügbar sein und wie sich ihr Einsatz auf die Effizienz der Kraftwerke auswirken wird und wie der Gefahr einer Vergiftung bei einem Wiederaustritt des Kohlendioxids begegnet werden kann. Als dritten Fragenkomplex stehen die Erneuerbaren Energien zur Debatte. Von Interesse ist dabei die Gefahr des Verlustes von Biodiversität durch den Anbau von Energiepflanzen in Monokulturen, die Verdrängung des Anbaus von Nahrungspflanzen und der damit verbundene Preisanstieg von Grundnahrungsmitteln, der bereits in Ländern wie Mexiko die Versorgung der Armen gefährdet, und die Frage nach den individuellen (Verhaltens-)Möglichkeiten, positiv Einfluss auf die Verringerung der CO₂-Produktion Einfluss zu nehmen.

In seinem Eingangsstatement stellt Hogrefe die Verantwortung seines Konzerns für den Klimaschutz heraus. EnBW will das Klima mit einer Doppelstrategie schützen: Investitionen in Erneuerbare Energien und gleichzeitig Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken, da AKW angeblich klimaneutral und ökologisch vorteilhaft arbeiten. Zum Beweis für die Ernsthaftigkeit der Unternehmenspolitik führt Hogrefe an, dass der bekannte Klimaaktivist Al Gore auf dem 2. Klimakongress der EnBW im Herbst 2007 sprechen wird und dass der Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromproduktion des Konzerns aktuell bei 11,6 % liegt. Außerdem habe das Unternehmen der Politik angeboten, im Gegenzug für die Verlängerung der AKW-Laufzeiten die Gewinne aus dem zusätzlichen Stromverkauf in die Erforschung Erneuerbarer Energien und in den Bau alternativer Stromerzeugungsanlagen zu investieren.

Werner stellte sich der Behauptung entschieden entgegen, dass AKW aus ökologischer Sicht vertretbar seien. Nicht nur dass nach über 50 Jahren Nutzung der Atomtechnologie für den strahlenden Atommüll noch immer keine Lösung gefunden sei, auch die Anwendung ist nach wie vor hochriskant. Ein Unfall kann tausende oder gar hunderttausende Menschen töten und zur Verseuchung ganzer Regionen führen. Wie Werner darlegt, seien die AKW Brunsbüttel und Krümmel, die beide in diesem Jahr bereits für lange Zeit stillstehen, Beweis für die technische Anfälligkeit und den hohen Wartungsaufwand von Atomanlagen. Hinzu kommt die Gefahr eines terroristischen Anschlags.

Aus diesen Gründen sei der Umstieg auf Erneuerbare Energien das energiepolitische Gebot der Stunde und Motor für die Gründung von Greenpeace-Energy gewesen. Der Strommix des Unternehmens setzt sich je zur Hälfte aus Stromerzeugungsanlagen der Erneuerbaren (Wind, Wasserkraft, Fotovoltaik) und aus Kraft-Wärme-Kopplung zusammen. Inzwischen sind eine Reihe Stromanbieter am Markt, die ihre Energie aus regenerativen Quellen beziehen. Werner machte aber auch deutlich,

dass nicht überall öko drin ist, wenn es außen draufsteht. Immer mehr Wirtschaftsunternehmen, auch außerhalb der Energiebranche, werben mit Slogans, die den VerbraucherInnen vorgaukeln sollen, dass das Produkt nach ökologischen Kriterien hergestellt ist. Leider ist dies nicht immer der Fall. Deshalb schlug Werner die Einführung transparenter Zertifizierungssysteme vor, damit der Energiekunde leicht erkennen könne, woher der jeweilige Anbieter seinen Strom und seine Wärme bezieht.

Hogrefe gibt die technischen Schwierigkeiten älterer Meiler zu, hebt aber den angeblich höheren Sicherheitsstandard in deutschen Anlagen gegenüber den AKW in vielen anderen Ländern hervor. Außerdem impliziere schließlich jede Technologie auch Risiken, auch die Erneuerbaren Energien seien nicht risikolos. Als Beispiel nennt Hogrefe die erst in jüngerer Zeit entwickelten Fischtreppe bei Wasserkraftwerken, die den Tod von Fischen verhindern sollen, indem diese an den Kraftwerken vorbei gelenkt werden. Beim Einsatz von Geothermie können Erdbeben ausgelöst werden, wie jüngst die Beben in Basel gezeigt haben, die durch geothermische Forschung ausgelöst wurden.

Dagegen hält der EnBW-Manager die neue Generation der Atomkraftwerke, die über inhärente Technologien zur Kernschmelze verfügen und einen großen Zugewinn an Sicherheit versprechen. Die Kosten dieser neuen Technik seien jedoch sehr viel höher als bisher angenommen. Auf die Frage nach einer über Jahrtausende sicheren Endlagerung für den unbrauchbaren Atommüll hat auch Hogrefe keine Antwort. Er hält die Endlagerung für eine Aufgabe späterer Generationen.

Bei der Frage nach dem Einsatz von Kohle sieht Hogrefe durchaus die Zementierung der zentralen Versorgungsstrukturen durch Kohlekraftwerke und ihren niedrigen Wirkungsgrad als Problem. Allerdings bewertet er die Kohleverstromung trotzdem als notwendige Technologie für die Transformation der Energieerzeugung hin zum klimaneutralen Energiezeitalter, auch unter dem Blickwinkel des baldigen Einsatzes der CO₂-Abscheidungstechnologie CCS (Carbon Capture and Storage). Vergiftungsgefahren durch einen Gasaustritt nach der Einlagerung müssen dabei technisch ausgeschlossen werden. Entscheidend für die Bewertung ist aus Hogrefes Sicht der Preis des Produktes Strom. Der Preis dürfe nicht ins Unermessliche steigen, da ansonsten die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Spiel stünde. Energieintensive Branchen wie die Aluminiumherstellung stünden bereits vor der Abwanderung ins kostengünstigere Ausland.

Der Greenpeace-Manager hält dem entgegen, dass auch moderne AKW keine Lösung für das Atommüll-Problem bereithielten, im Gegenteil: Durch zusätzliche AKW wächst der atomare Müllberg weiter.

Im Gegensatz dazu produzieren die Erneuerbaren keinen Müll, sie sind regenerativ. Außerdem sind die Wirkungsgrade sehr viel höher als im Bereich der Fossilen und die Verluste durch den Stromtransport aufgrund der Dezentralität sehr viel geringer. Aus Sicht von Greenpeace sollte der durchschnittliche (statistische) Pro-Kopf-Ausstoß von CO₂ im Jahr 2050 auch in den Industrienationen nicht mehr als zwei Tonnen pro Jahr betragen, damit der Klimawandel beherrschbar bleibt. Vom heutigen Niveau von über 10 Tonnen pro Jahr betrachtet wird die Dimension des benötigten Umbaus der industriellen Produktion und des persönlichen Lebenswandels deutlich. Als Beispiel nennt Werner den Verkehr, der Jahr für Jahr wächst und damit immer mehr Kohlendioxid in die Atmosphäre einbringt.

Die Marge von zwei Tonnen pro Person und Jahr bezieht auch die Schwellen- und Entwicklungsländer ein, in denen der durchschnittliche Ausstoß meist noch unter

einer Tonne pro Jahr liegt. Hier wird es wirtschaftliche Entwicklung geben, die aber mit regenerativen Energiequellen „befeuert“ eine ökologisch vertretbarere Entwicklung nehmen kann. Allerdings muss nach Werner dabei ausgeschlossen werden, dass Nutzungskonflikte auftreten, wie bei der Frage des Einsatzes von Mais für Tortillas oder für Biosprit. Aus ökologischer Sicht kann Biosprit lediglich 4 Prozent des Energiebedarfs decken, alles darüber hinaus schadet der Natur und damit dem Klimaschutz. Vielmehr setzt Greenpeace auf die Ausschöpfung der Inlandspotenziale, insbesondere von Wind, Wasserkraft und Geothermie kombiniert mit dem riesigen Angebot an Saharasonne.

Perspektivisch fokussiert auch EnBW auf die solaren Potenziale Nordafrikas, will aber Atomenergie noch so lang wie möglich nutzen. Zur Klarstellung der zukünftigen, von weiten Teilen der Politik geforderten Nutzung der Erneuerbaren müssten auch die voraussichtlichen Kosten für den Umstieg offengelegt werden. Die Preise würden zwangsläufig weiter steigen, weil die Erneuerbaren angeblich teurer seien.

Dagegen ist Greenpeace-Energy sicher, dass die Preise bei der Zunahme des Wettbewerbs durch eine größere Zahl von Energieanbietern nicht weiter steigen müssen. Insbesondere durch die Nutzung inländischer, dezentraler Potenziale verringern sich die Transportkosten für die Energie und auch die als sicher angenommenen Effizienzsteigerungen werden sich kostendämpfend auswirken. Wichtig sei der Bezug aus ausschließlich regenerativen Quellen. Die Kundin und der Kunde müssen sicher sein, dass im Ökostrom tatsächlich nur öko drin sei und nicht etwa Kohle- oder Atomstrom.

Abschließend gab Sylvia Kotting-Uhl zu bedenken, dass neben den ökologischen Problemen durch Großtechnologien wie Atomkraft oder Kohlekraftwerke auch wirtschaftliche Fehlsteuerungen deutlich werden. So wird das peak uranium (größtmögliche Fördermenge von Uran) bereits in Kürze noch vor dem peak oil erreicht. Von einer noch langfristigen Verfügbarkeit der endlichen Energieressourcen kann also weder beim Erdöl noch beim Uran ausgegangen werden. Auch deshalb muss heute und nicht erst übermorgen umgesteuert werden. Da die Regierenden, allen voran Kanzlerin Merkel und Umweltminister Gabriel zwar viel von Klimaschutz und Biodiversität reden, aber keine entsprechenden Maßnahmen ergreifen, müssen Opposition und Ökobewegung die Defizite bei Effizienz, Einsparung und Einsatz von Erneuerbaren Energien noch nachdrücklicher benennen und damit Druck auf die Handelnden, einschließlich der Energiekonzerne ausüben. Nur so kann das Ziel erreicht werden, den Klimawandel aufzuhalten.

Zusammenfassung der politischen Kommentare von zwei TeilnehmerInnen

In den Kommentaren der TeilnehmerInnen wird deutlich, dass die Überzeugung besteht, den Wandel in der Energieerzeugung von der fossilen zum regenerativen Zeitalter schaffen zu können, um damit den Klimawandel aufzuhalten und die natürlichen Lebensgrundlagen auf der Erde zu erhalten.

Eine Teilnehmerin kommentiert vor allem aus gesellschafts- und gerechtigkeitspolitischer Perspektive. Aus ihrer Sicht ist die Verlagerung eines Großteils der europäischen Stromproduktion in die Saharaländer sinnvoll, weil neben den ökologischen auch wirtschaftliche Win-Win-Situationen geschaffen würden. Durch die (Steuer-)Einnahmen und durch eigene Investitionen in die Stromerzeugung würden die Länder hohe Einnahmen generieren, die sie international unabhängiger machen. Der absehbare Wohlstand wird über kurz oder lang auch zur Demokratisierung dieser Länder beitragen, die Verbesserung der (rechtlichen) Situation von Frauen ist dabei ein wichtiger Aspekt. Eine erfolgreiche afrikanisch-europäische Zusammenarbeit wird sicher auch für Schwellenländer wie China von Interesse sein, denn auch in diesen Ländern existieren Gebiete, in denen ein großes Sonnenenergie-Potenzial schlummert.

Der kommentierende Teilnehmer, der sich selber als kommunalpolitischen Aktivist charakterisiert, fokussiert auf innenpolitische Fragestellungen. Aufklärungs- und Werbekampagnen sollten helfen, dass möglichst viele Menschen aktiviert werden, ihren Lebenswandel weniger klimaschädigend zu gestalten oder sich aktiv in politischen Gruppierungen für Klimaschutz einzusetzen. Wichtig ist dabei ganz besonders, die Verwaltungen aufzuklären und zu aktivieren, damit der öffentliche Gebäudebestand (Schulen, Behörden etc.) schnell energetisch saniert werden kann. Aus seiner Sicht lösen sich die „Lagergrenzen“ immer mehr auf. Diese Entwicklung hilft, gemeinsam unter Jugendlichen für die richtigen Ziele einzutreten. Eine breite, interkommunale Bewegung sei wichtig, denn der Klimawandel kann nur von allen Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam aufgehalten werden, deshalb erscheint eine Bewegung von „unten“ erfolgversprechender als Vorgaben von „oben“. Aus seiner Sicht sind die Kommunen die „Handlungseinheiten von Morgen“.

Resümee: Was fordern Jugendliche von der Bundesregierung?

Jan Albrecht Sprecher Grüne Jugend

In seinem Abschlussresümee betont Jan Albrecht, dass die Jugend genau wisse, was zu tun sei und sich in zahlreichen Initiativen für ihre Zukunft engagiert. Der Klimaschutz ist dabei eines der ganz wichtigen Themen. Hier Albrechts Rede:

Liebe TeilnehmerInnen der Jugendumweltkonferenz 2007,

liebe Freundinnen und Freunde,

in zwei spannenden Tagen habt ihr und haben wir uns nun mit dem Thema Klimawandel beschäftigt. Dabei ist für mich ziemlich deutlich geworden: Die Jugend hat Konzepte und Ideen. Die Jugend will Handeln und weiß auch wo angefangen werden muss. Damit sind wir offensichtlich deutlich weiter als es die Bundesregierung ist! Denn die verheddert sich aus Sicht der Jugendlichen immer weiter in der Durchsetzung theoretischer Ziele und vergisst darüber hinaus, dass wir jetzt handeln müssen und effektive Änderungen brauchen.

Wir haben gesehen, wie sich das Klima entwickeln wird und was die Auswirkungen sind.

Sechs parallele Workshops gestern haben gezeigt: Es gibt viele Bereiche, in denen die Bundesregierung schon jetzt konkret aktiv werden kann.

Lebensstildebatte, Eigenverantwortung

Verkehr und Klimawandel

Klimaschutz und Naturschutz

Ressource Wasser als wichtiger Bestandteil des Ökosystems und auch als Menschenrecht

Herausforderungen für die Landwirtschaft in Zeiten des Klimawandels

Energiepolitik, 100% Erneuerbare oder Atom und CO₂-freie Kohle

An der Fülle der erarbeiteten Ideen für alle Ebenen der Politik können wir sehen, dass es an Möglichkeiten nicht mangelt. Die Frage ist nur, wie viel Zeit haben wir noch, um sie in Angriff zu nehmen? Die Bundesregierung darf nicht länger warten! Jede Zurückhaltung bei der Umsetzung der gesetzten Klimaschutzziele macht sie weniger glaubwürdig. Und wir – die Jugend – sind es letztlich, die es ausbaden müssen. Unsere Zukunft und die unserer Kinder steht auf dem Spiel – deshalb meine Aufforderung an alle: gründet Klimaschutzgruppen vor Ort – das sind die modernen K-Gruppen, die heute gebraucht werden.

Goodbye – Schlusswort

Sylvia Kotting-Uhl MdB

Zunächst danke ich nochmals allen Beteiligten für ihr Kommen und ihr Engagement, meinen Kollegen, den Experten und Wirtschaftsvertretern und vor allem auch den Jugendlichen, die am längsten betroffen sein werden von allem, was die Politik tut oder leider auch unterlässt. Eines ist Euch während der 2 Tage bestimmt aufgefallen: Die Sache mit dem Umwelt- und Klimaschutz ist nicht einfach. Die Zusammenhänge sind komplex und oft stößt man auf große Widerstände. Verschiedene Umweltschutzziele müssen miteinander abgestimmt werden, in vielen Rechnungen taucht Umweltschutz nur auf als Übel, das die Gewinnmaximierung behindert, und gleichzeitig ist vielen Menschen gar nicht bewusst, wie sehr sie all die Themen, mit denen wir uns in den 2 Tagen der Konferenz beschäftigt haben, eigentlich angehen. Dabei drängt die Zeit, auch das haben gesehen. Was wir nicht bald auf den Weg bringen wird zu spät kommen, und von den Folgen wird dann jede und jeder Einzelne betroffen sein, auch diejenigen, die Umweltschutzthemen zuvor uninteressant oder sogar lästig fanden. Das betrifft nicht nur die unmittelbaren Folgen des Klimawandels, es geht zum Beispiel auch um zukünftige Arbeitsplätze im Bereich neuer Technologien, die nur dann existieren werden wenn wir jetzt richtige Entscheidungen treffen.

Einen roten Faden gibt es aber doch in diesem weiten Feld, und das sind die Erneuerbaren Energien. Sie sind unsere große Chance, das Schlimmste noch zu verhindern. Aber was können die und der Einzelne tun? Sehr viel. Denn durch viele kleine Entscheidungen im Alltag – vielleicht Wechsel des Stromanbieters, Energiesparlampen, Wasser sparen, Auto stehen lassen und so weiter - leisten wir nicht nur Beiträge, die in ihrer Gesamtheit sehr viel ausmachen. Wir unterstützen dadurch auch einen Bewusstseinswandel bei uns selbst und der Gesellschaft im Ganzen. Und die Bereitschaft zum Umstieg in eine umwelt- und klimafreundliche Energiewirtschaft muss zunächst „von unten“ kommen. Unsere durchgerechneten Konzepte für eine moderne und nachhaltige Energieversorgung nutzen nur dann etwas, wenn sie auf ausreichend viele offene Ohren treffen. Wir brauchen politischen Druck auf diejenigen, die so sehr in ihren eingefahrenen Wegen stecken, dass sie die Herausforderungen noch nicht so klar erkannt haben wie die TeilnehmerInnen der Jugendumweltkonferenz 2007.